

Unsere Section Romande hielt in Lausanne ihre Generalversammlung ab

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **34 (1959)**

Heft 6

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Logement ouvrier - Groupe de Montelly

Unsere Section Romande hielt in Lausanne ihre Generalversammlung ab

Die Section Romande des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen hielt am 16. Mai 1959 in Lausanne ihre Jahresgeneralversammlung ab. Sie wurde präsiert von Herrn Regierungsrat A. Maret, der die Herren Genet, Gemeinderat von Lausanne, und H. Gerteis, Sekretär des Verbandes, als Gäste begrüßen konnte.

Nach der Genehmigung des Jahresberichtes und der Jahresrechnungen über das Jahr 1958 und der Wiederwahl der Mitglieder des Sektionsvorstandes wurde die Walliser Genossenschaft «La Cité ouvrière», Sion, in die Sektion aufgenommen.

Herr Georges Borel, Nationalrat in Genf, legte ein eindrucksvolles Exposé über «Die indirekte Finanzhilfe des Bundes in der Sackgasse, soweit sie die Erstellung von Wohnungen mit bescheidenen Mietzinsen betrifft» vor. Er übte eine scharfe Kritik an der Vollzugsverordnung zum Bundesbeschluß über Maßnahmen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues und kündigte eine Interpellation über diesen Gegenstand in der Junisession der eidgenössischen Räte an.

Herr Willy Schumacher, Verwalter der staatlichen Liegenschaften des Kantons Neuenburg, berichtete über die Maßnahmen des Kantons Neuenburg zur Be-

kämpfung des Mangels an billigen Wohnungen. Ohne die Hilfe des Bundes abzuwarten, ergriff dieser Kanton spezielle Maßnahmen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues.

Das Wort wurde dann Herrn Robert Gerber, Professor in Neuenburg, zu einem Bericht über unsere Hypothekar-Bürgschaftsgenossenschaft erteilt. Er gab eine instruktive Darstellung der einschlägigen Bestimmungen und schilderte den großen Nutzen, den unsere Bürgschaftsgenossenschaft dank der Solidarität der Verbandsmitglieder den Bau- und Wohnungsgenossenschaften bringen kann.

Herr Marius Weiß, Kantonsrat, in Lausanne, sprach über Ziel und Tätigkeit des Fonds de roulement, der offenbar in der romanischen Schweiz noch zu wenig bekannt ist. In der Diskussion wurde eine Vereinfachung des Verfahrens verlangt, und H. Gerteis gab einige ergänzende Auskünfte.

Am Schlusse erstattete Herr Jean-Pierre Vouga, Architekt in Lausanne, einen Bericht über die Zeitschrift «Habitation», die von der Section Romande herausgegeben wird und deren neuer Redaktor Herr Vouga ist.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen wurden die Teilnehmer in Cars zur Besichtigung einiger neuer Wohnkolonien geführt. Architekten und Verwalter gaben sehr interessante Aufschlüsse über architektonische Erwägungen bei der Erschließung des Geländes und der Erstellung der Gebäude sowie über Finanzierung und Mietzinse.

RG

Sektion Bern

Genossenschaftlicher Wohnbau - wohin?

In der Sektion Bern des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen sind rund 6700 Mieter von Wohnungen und Einfamilienhäusern, welche von Baugenossenschaften gebaut worden sind, zusammengeschlossen. Wie der Kantonalpräsident, K. Aegerter, ein Vorkämpfer des genossenschaftlichen Wohnbaues in Thun, an der Generalversammlung vom 18. April in Bern ausführte, hat sich ihre Zahl in den letzten Jahren fast verdoppelt. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß genossenschaftliches Bauen im Kanton Bern wie auch anderwärts im Jahre 1958 wegen der Geldverknappung praktisch zum Stillstand gekommen ist. Die Bundeshilfe zur Förderung des Wohnungsbaues, der vom Schweizervolk am 1. Dezember 1958 zugestimmt wurde, hat sich in städtischen Verhältnissen nicht als wirksam erwiesen, weil die Bestimmungen zu eng gefaßt sind. Auch wird die Baulandfrage ein immer schwieriger zu lösendes Problem, weshalb sich die Baugenossenschaften damit befassen müssen, ob nicht auch sie wegen der Bodenknappheit zum Bau von Hochhäusern übergehen sollten. Die Ver-

wirklichung genossenschaftlicher Projekte gelingt am ehesten noch auf dem Lande oder dort, wo der Boden im Baurecht erhältlich ist. Zur Unterstützung notleidender Baugenossenschaften auf dem Lande beschlossen die Delegierten der 64 Baugenossenschaften der Kantone Bern und Solothurn, einen Solidaritätsfonds zu gründen. 15 Rappen des bisherigen Jahresbeitrages von Fr. 1.— pro Wohnung sollen in den Fonds fließen und für die Restfinanzierung von Bauvorhaben verwendet werden. Des weiteren soll ein Vorstoß beim Schweizerischen Verband unternommen werden, die Bürgschaftsgenossenschaft möge bei der Belehnung über die bis jetzt gewährten 90 Prozent hinausgehen.

Da die Stadt Bern im Augenblick wenig oder nichts an neuen Baugenossenschaften vorzuweisen hat, wurde den Delegierten die Möglichkeit geboten, die vier neuen Hochhäuser auf dem Wylerfeld zu besichtigen. Äußerst beachtenswert bleibt die Tatsache, daß durch die Errichtung der Hochhäuser Wohnraum für dreimal so viele Familien wie vordem geschaffen werden konnte. Die Gemeinde hat das Land im Baurecht abgegeben und die Nachtragshypotheken zu 3 Prozent übernommen. Kraft dieser Unterstützung ergeben sich